



An den Grossen Rat

11.5286.02

12.5026.02

JSD/P115286/P125026

Basel, 13. November 2013

Regierungsratsbeschluss vom 12. November 2013

Anzug Daniel Goepfert und Konsorten betreffend „mehr Sicherheit für Jugendliche in der Innenstadt am Wochenende“

sowie

Anzug Christoph Wydler und Konsorten betreffend „sicher leben und wohnen in Basel-Stadt“

Der Grosse Rat hat an seinen Sitzungen vom 15. Dezember 2011 und 21. März 2012 die nachstehenden Anzüge Daniel Goepfert und Konsorten sowie Christoph Wydler und Konsorten dem Regierungsrat zur Stellungnahme überwiesen:

„Die Basler Innenstadt ist für Jugendliche während der Wochenende am Abend und in der Nacht kein sicherer Ort. Einige Straftaten aus dem Bereich der körperlichen Gewalt verzeichneten im Verlauf der letzten zwei Jahre einen deutlichen Zuwachs. Davon wurde ein grosser Teil während den Wochenenden in der Innenstadt begangen. Insbesondere männliche Jugendliche und junge Erwachsene sind zu den sogenannten "Ausgehzeiten" am häufigsten betroffen von gewalttätigen Auseinandersetzungen, Drohungen und Raubüberfällen. Im Gegensatz dazu hat sich die Sicherheitslage im Allgemeinen während der letzten Jahre stark verbessert. Auch im Vergleich zu anderen Schweizer Städten steht Basel gut da. Diese Tatsache sollte den Behörden Gelegenheit geben, das spezifische Problem effizient anzugehen.

Ein Problem bei dieser Entwicklung ist die Herkunft der meist männlichen Täter. Da eine Mehrheit von ihnen einen Migrationshintergrund hat, besteht die Gefahr, dass die Ausländerfeindlichkeit in unserem Kanton zunimmt, gerade bei Jugendlichen. Diese fatale Entwicklung, die ansatzweise schon stattfindet, muss verhindert werden. Dabei darf man vor den Ursachen die Augen genauso wenig verschliessen wie vor dem Problem selbst. Die Täter sind nach übereinstimmender Meinung der Sachverständigen wenig in die Gesellschaft integriert, haben oft weder eine Lehrstelle noch andere berufliche Perspektiven. Mittel- und langfristig muss diesen jungen Menschen eine Perspektive gegeben werden, wenn das Problem wirklich gelöst werden soll.

Unmittelbar geht es aber darum, die Basler Innenstadt am Wochenende auf der Achse Heuwaage-Claraplatz sicherer zu machen. Dazu braucht es eine verstärkte Präsenz von uniformierten Polizistinnen und Polizisten. Sie müssen zu Fuss unterwegs sein und durch ihre gut sichtbare Präsenz präventiv wirken oder im Falle eines Ereignisses schnell einen Einsatz organisieren können. Die Polizistinnen und Polizisten sollen die Jugendlichen nicht abschrecken, sondern als Anlaufstelle dienen, falls diese von einem Gewaltdelikt betroffen sind. Es soll den Jugendlichen und jungen Erwachsenen auch erleichtert werden, sich bei Problemen an die Polizei zu wenden.

Wir bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten, wie am Wochenende, besonders am

Abend und in der Nacht, mehr Patrouillen von uniformierten Polizistinnen und Polizisten - zum Schutz der gefährdeten Jugendlichen - in der Innenstadt zu Fuss unterwegs sein können als bisher.

Daniel Goepfert, Tanja Soland, Philippe P. Macherel, Martin Lüchinger, Dominique König-Lüdin, Mustafa Atici, Christine Keller, Kerstin Wenk, Stephan Luethi-Brüderlin, Brigitte Heilbronner, Doris Gysin, Esther Weber Lehner, Maria Berger-Coenen, Jürg Meyer, Greta Schindler, Gülsen Oeztürk, Beatriz Greuter, Franziska Reinhard, Otto Schmid, Martina Saner, Andrea Bollinger, Salome Hofer“

„Ein Teil der Basler Bevölkerung scheint sich vermehrt unsicher zu fühlen. Zur Sicherheit tragen verschiedene Faktoren bei: zum einen eine gut ausgebildete und präzise Polizei, zum anderen eine informierte Bevölkerung, welche sich zu schützen weiss. Angst hat oft etwas mit Ohnmacht zu tun.

Besonders Wohnungseinbrüche und Straftaten im Umfeld des eigenen Zuhause beunruhigen die Bevölkerung in besonderem Masse und beeinträchtigen das Sicherheitsgefühl nachhaltig. Einbrüche verursachen nicht nur materielle Schäden, sondern sie bedeuten auch einen schweren Eingriff in die Privatsphäre der Opfer - oft mit psychischen Folgen.

Unzureichende bauliche Sicherheitsmassnahmen und ungünstige Bedingungen des Wohnumfeldes können sowohl die Einbruchskriminalität als auch sonstige Kriminalität erhöhen. Viele Menschen möchten jedoch aktiv ihre Sicherheit verbessern und Verantwortung für die öffentliche Sicherheit übernehmen.

Neben einer erhöhten Polizeipräsenz gibt es andere erprobte Möglichkeiten, wie man die Kriminalität verringern kann. In Sachsen wurde die "Sicherheitsplakette - Sicher wohnen" entwickelt. Möglichst viele Haushalte wurden mit einem einheitlichen Sicherheitsstandard ausgerüstet. Die so gesicherten Wohnungen erhalten die Sicherheitsplakette - Sicher wohnen.

Ebenfalls in Sachsen wurde das Präventionsprojekt "Nachbarschaftshilfe" lanciert. Auf der Grundlage des Slogans "Vorsicht! Wachsender Nachbar" und dem Zusatz "Wir passen auf!" wurden Plakate, Aufkleber und Schilder entwickelt. Diese wurden gemeinsam mit den kommunalen Verwaltungen in Stadtteilen, Strassenzügen, Häuserzeilen und an Häusern angebracht, welche betreffend Sicherheit beraten wurden. Dadurch wird das Engagement der Bürger für den Schutz des Eigentums und der persönlichen Sicherheit deutlich erkennbar dokumentiert. Gleichzeitig dienen diese Aktionen der Abschreckung von potentiellen Tätern.

Auch in der Schweiz wird die breite Öffentlichkeit in die Bekämpfung von Verbrechen einbezogen. Die Polizei der Kantone Glarus, Graubünden, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau und Zürich sensibilisierte die Bevölkerung mit einer gross angelegten Kampagne "Verdacht - ruf an!" zur aktiven Mitarbeit für mehr Sicherheit. Zur Zeit führt die Stadt St. Gallen ein Nachbarschaftsprojekt durch, zur Verbesserung der Sicherheit.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, wie er die Bevölkerung mit verstärkter Hilfe zur Selbsthilfe in Zusammenarbeit mit der Polizei im Sinne der oben genannten Projekte besser schützen will.

Christoph Wydler, Beat Fischer, Annemarie Pfeifer“

Wir berichten zu diesen Anzügen wie folgt:

1. Einleitung

Sicherheit ist kein Monolith – die Bedrohungen und Gefahren für die öffentliche und die individuelle Sicherheit sind vielschichtig und ändern sich zuweilen rasch. Grundlage der erfolgreichen Kriminalitätsbekämpfung ist die enge, bereits heute sehr intensive Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Dienststellen, privaten Institutionen und der Bevölkerung sowie der Ansporn, sich täglich zu verbessern. Durch frühzeitige Problemerkennung sowie die entsprechende Entwicklung und Umsetzung von Strategien lassen sich vorab an der Front viele Lösungen für viele Probleme erzielen. Bei etlichen Sicherheitsaspekten hat der Kanton Basel-Stadt jüngst Fortschritte erzielt. Demgegenüber haben sich andere Themenfelder akzentuiert. Die Herausforderungen bleiben auf jeden Fall gross.

Der Regierungsrat hat generell den Anspruch, für die Bevölkerung ein hohes Mass an Sicherheit zu gewährleisten und ergreift hierzu laufend verschiedene Massnahmen. Um nur einige zu nennen, seien an dieser Stelle die befristete Bewilligung von sechs zusätzliche Stellen für die – der Staatsanwaltschaft unterstellte – Kriminalpolizei, die befristete Anstellung von zwei ausserordentlichen Staatsanwälten, die Inbetriebnahme der mobilen Polizeiwache, die Abgabe von Schriallarmen an die Bevölkerung, der geplante Ausbau des Bässlerguts, die sich in Realisation befindende Kapazitätserweiterung des Untersuchungsgefängnisses Basel-Stadt oder das Projekt «Kapo2016» erwähnt, das unter anderem zum Ziel hat, in den nächsten Jahren einen Innovationssprung beim Umgang mit Kriminalitätsdaten als Führungsinstrument zu erreichen sowie die Schreibearbeit auf den Polizeiposten zu halbieren.

Zudem hat der Regierungsrat bereits im Frühjahr 2011 beschlossen, das Personal der Kantonspolizei Basel-Stadt über die Jahre 2012 bis 2015 stufenweise um 45 Stellen aufzustocken. Davon fallen 36 Stellen innerhalb des Einsatzzuges auf das neue Einsatzelement Brennpunkte, um besonders so genannte Hot Spots – örtlich, zeitlich und deliktisch – verstärkt polizeilich zu bewirtschaften. Sechs Stellen kommen dem Dienst für Prävention zu, davon vier der Jugend- und Präventionspolizei, eine der Verkehrsprävention und eine der Kriminalprävention. Drei Stellen entfallen schliesslich auf das Community Policing.

2. Polizeiliche Präsenz in der Innenstadt

Der öffentliche Raum erfährt gerade, aber nicht nur durch Jugendliche eine intensivere Nutzung als früher – sowohl mit positiven, zu denken sei etwa an kreative kulturelle Betätigungen oder die Belebung der Innenstadt, als auch negativen Begleiterscheinungen. Der Angebotsausbau im öffentlichen Verkehr, zum Beispiel Shuttle-Bus oder Nachtbus, fördern diese Entwicklung stark.

Besonders die Innenstadt entwickelte sich auf der Achse Heuwaage/Barfüsserplatz/Claraplatz und im Sommer am Rheinufer zu einem Treffpunkt für Jugendliche und junge Erwachsene. Dadurch nahmen auch Probleme mit «Littering», Lärm sowie – wie vom Anzugsteller zutreffend ausgeführt – Gewalt- und Vermögensdelikte zu. Verstärkt werden diese negativen Entwicklungen durch die Konsumation von mitgebrachtem oder vor Ort gekauftem Alkohol sowie Drogen.

Seit dem 22. Mai 2013 steht die erste von geplanten drei Gruppen des Einsatzelements Brennpunkte mit 10 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und zwei Vorgesetzten im Einsatz. Die «Brennpunktpolizei» unterstützt und verstärkt die ordentlichen Polizeikräfte. Die Zusammenarbeit zwischen dem Einsatzelement Brennpunkte, der für die Grundversorgung zuständigen Sicherheitspolizei und der auch an den Wochenenden in zivil auftretenden Jugend- und Präventionspolizei, welche die Jugendlichen gezielt an deren Treffpunkten oder Veranstaltungen aufsucht, ist ausgeprägt. Zwischen den uniformierten Patrouillen und den Mitarbeitern der Jugend- und Präventionspolizei findet ein regelmässiger Informationsaustausch statt. Die erhöhte sichtbare Präsenz führte

in der Innenstadt, aber auch in den Aussenquartieren bereits zu ersten präventiven als auch repressiven Erfolgen.

Im Überblick haben die Angehörigen des Einsatzelements Brennpunkte vom 22. Mai 2013 bis 10. September 2013 folgende – gegenüber der bisherigen Polizeiarbeit zusätzliche – Arbeitsleistung erbracht:

Durchgeführte Aktionen	66
Personenkontrollen	1345
Festnahmen	58
Erstellte Rapporte	152
Verzeigungen	24
Ordnungsbussen nach Übertretungsstrafgesetz	22
Eigene Feststellungen	187
Requisitionen	21
Fusspatrouillen	1263 Std.

Die deutlich sicht- und spürbar erhöhte Polizeipräsenz in den Abend- und Nachtstunden – vor allem auch zu Fuss – wird gerade von den Jugendlichen wahrgenommen, die Polizistinnen und Polizisten oft direkt angesprochen. Die Einsatzkräfte fungieren bei Problemen oder Bedrohungen als Anlaufstelle für die Jugendlichen. So bieten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des neuen Einsatzelements Hilfestellungen und schaffen Vertrauen, schreiten bei Bedarf aber auch konsequent ein.

Derzeit wird die zweite Gruppe des Einsatzelements mit weiteren zwölf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern rekrutiert, die gemäss Planung im Dezember 2013 aktiv ihren Dienst antreten wird. Der Start der dritten Gruppe ist gegen Ende des Jahres 2014 vorgesehen. Ab diesem Zeitpunkt wird das Einsatzelement insgesamt 36 Einsatzkräfte umfassen und ihre volle Wirkung entfalten. Es handelt sich dabei um einen «echten» Ausbau des Korps, ohne dass Stellentransfers von anderen polizeilichen Dienststellen vorgenommen werden.

3. «Hilfe zur Selbsthilfe» zum Schutz vor Einbruch

Die in den vergangenen Jahren feststellbare Zunahme von Einbrüchen – 2012 erreichten diese Delikte 2012 einen einmaligen Rekordstand – ist dem Regierungsrat und den Strafverfolgungsbehörden bekannt. Das Phänomen Einbruchsdiebstahl wird mit Kontroll- und Ermittlungstätigkeiten entschieden bekämpft. Die starke Belegung des Untersuchungsgefängnisses sowie die zumindest bisherige Stagnation der Anzahl Einbrüche im laufenden Jahr sind neben diversen anderen Faktoren auch darauf zurückzuführen.

Die Kantonspolizei ist bei der Bekämpfung von Einbrüchen auch auf die Zusammenarbeit mit der Bevölkerung angewiesen. So ist bei Verdacht auf einen bevorstehenden oder bereits erfolgten Einbruch umgehend die Polizei zu informieren. Gerade eine wachsame und aufmerksame Nachbarschaft kann sich als wertvoll erweisen. «Hilfe zur Selbsthilfe» zum Schutz vor Einbruch wird bei der Kantonspolizei in erster Linie vom Ressort Kriminalprävention und dem Community Policing angeboten.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kriminalprävention stehen der Bevölkerung kostenlos für Sicherheitsberatungen zur Verfügung. Dabei wird zwischen verhaltensorientierter und sicherheitstechnischer Beratung unterschieden. Bei der verhaltensorientierten Beratung werden Verhaltenstipps erteilt, wie man sich vor Kriminalität wie Einbruchsdiebstahl, aber auch Raubüberfall und andere schützen kann. Bei der sicherheitstechnischen Beratung werden vorrangig Empfehlungen zum Schutz vor Einbrüchen und Überfällen sowie Tipps zur technischen Sicherung von

Wertgegenständen gegeben. Dabei werden nicht nur sicherheitstechnische Mängel aufgezeigt, sondern auch das Sicherheitsgefühl der Ratsuchenden gesteigert.

Das Bedürfnis nach Sicherheitsberatungen im Bereich des Einbruchschutzes steigt. 2012 sind 193 Sicherheitsberatungen im Bereich des Einbruchschutzes am Wohnort von Ratsuchenden durchgeführt worden. Seit Anfang des Jahres werden neu auch sämtliche Einbruchopfer proaktiv durch die Kriminalprävention angeschrieben und über das Unterstützungsangebot informiert. 2013 wird die Anzahl von Konsultationen die 200er Marke denn auch deutlich übersteigen.

Die Beratungen basieren auf Erfahrungen aus dem Polizeialltag. Die Mitarbeiter der Kriminalprävention stellen oft fest, dass zahlreiche Private und Firmen – trotz immenser Investitionen in Alarmanlagen – ihre Sicherheitsvorkehrungen ungenügend oder falsch umgesetzt haben. Es zeigt sich, dass bereits durch kleine bauliche Veränderungen oder mit der Umsetzung von Verhaltenstipps ein angemessener Präventionsschutz erreicht werden kann. Da die Kriminalprävention keine Produkte verkauft, können von Herstellern und Lieferanten unabhängige Empfehlungen abgegeben werden. Nebst den Sicherheitsberatungen informiert die Kantonspolizei Basel-Stadt die Bevölkerung seit mehreren Jahren mit speziellen Präventionskampagnen; so zum Beispiel mit der Präventionskampagne «Einbruch – nicht bei mir!», mit der die Bevölkerung jeweils vor den Sommerferien und zu Beginn der Winterzeit.

Im Rahmen des Ausbaus des Polizeikorps bis zum Jahr 2015 wurde der steigenden Nachfrage nach Sicherheitsberatungen mit der Aufstockung der Kriminalprävention um eine Vollzeitstelle bereits Rechnung getragen, so dass beim Ressort Kriminalprävention seit Mai 2013 drei Mitarbeiter beschäftigt sind. Die vom Anzugsteller erwähnte «Sicherheitsplakette» wird zurzeit in den Netzwerken der Schweizerischen Kriminalprävention sowie in der Fachgruppe des Polizeikonkordats Nordwestschweiz intensiv geprüft.

Das Community Policing wiederum steht für die direkte Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der Bevölkerung. Nicht nur das Begehen von Straftaten soll verhindert und verfolgt werden, vielmehr sollen auch soziale Zustände verhindert werden, die potentielle Gefahren für die Sicherheit des Quartiers darstellen. Das Community Policing wird im Optimalfall deshalb bereits aktiv, bevor Kriminalität entsteht. Darüber hinaus werden auch nicht sicherheitsrelevante Probleme erkannt und gelöst. Polizeiliche Beratungsstellen dienen als Anlaufstelle für Ratsuchende. Das Community Policing übernimmt eine Servicefunktion, in der sie auch als Mittler zu anderen Behörden und Organisationen tätig wird.

Derzeit sind beim Community Policing acht Mitarbeiter (vier auf der Polizeiwache Kannenfeld, drei auf der Polizeiwache Clara und einer auf der Polizeiwache Riehen) beschäftigt. Alle Spezialisten des Community Policing haben ein geographisch zugeteiltes Gebiet und/oder fest zugewiesene Sachgebiete zu bearbeiten. Die Mitarbeiter des Community Policing führen nahezu täglich gezielte Patrouillengänge in den Quartieren durch, um Kontakt mit den Quartierbewohnerinnen und Quartierbewohnern zu halten. Ihre Erkenntnisse tauschen sie sowohl mit verwaltungsinternen (beispielsweise Kantons- und Stadtentwicklung, Gesundheitsdienste, Amt für Umwelt und Energie, Allmendverwaltung etc.) als auch mit verwaltungsexternen Partnern (beispielsweise Stadtteilsekretariate, Quartiervereine, Jugendarbeit, Frauenoase etc.) aus. Das Community Policing ist eng mit der Abteilung Prävention der Kantonspolizei – namentlich mit der Kriminalprävention sowie der Jugend- und Präventionspolizei – vernetzt. Die Zusammenarbeit mit den operativen Abteilungen der Kantonspolizei findet nahezu täglich statt. Generell erfolgt der Einsatz der Spezialisten des Community Policing bei Problemen, die sich nicht mit einmaligen Interventionen der Uniformpolizei lösen lassen. So ist das Community Policing auch ganzjährig mit dem Infomobil in den Quartieren präsent und leistet in Abstimmung mit dem Ressort Kriminalprävention Aufklärungsarbeit zum Thema Einbrüche.

Das Community Policing wird künftig personell um drei Stellen verstärkt. Die erste zusätzliche Fachkraft wird voraussichtlich Anfang 2014 den Dienst aufnehmen. Bis zum Ende des Jahres

2014 soll schliesslich der Vollbestand von elf Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Community Policing erreicht werden. Um dem Bedürfnis nach vermehrter Nähe zur Polizei Rechnung zu tragen, wird künftig noch besser über die Namen und den Kontakt der verantwortlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Community Policing informiert.

4. Fazit

Der Regierungsrat geht mit den Anzugstellern einig, dass die Sicherheit für Jugendliche an den Wochenenden in der Innenstadt zu erhöhen, die Hilfe zur Selbsthilfe zu stärken und die Zusammenarbeit zwischen der Bevölkerung und der Kantonspolizei grundsätzlich zu intensivieren ist. Aus diesem Grund werden die Brennpunkte in der Innenstadt verstärkt durch uniformierte und zu Fuss patrouillierende Einsatzkräfte des neuen Einsatzelements bewirtschaftet. Auch die Kriminalprävention und das Community Policing erhielten bzw. erhalten personelle Verstärkung, um die Bevölkerung bei der Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen. Gleichzeitig sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Einsatzelements Brennpunkte, der Kriminalprävention und des Community Policing sichtbarer und bekannter gemacht werden.

5. Antrag

Aufgrund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, die Anzüge Daniel Goepfert und Konsorten betreffend «mehr Sicherheit für Jugendliche in der Innenstadt am Wochenende» sowie Christoph Wydler und Konsorten betreffend «sicher leben und wohnen in Basel-Stadt» abzuschreiben.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin